„Gemeinsam stärker“ - Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen

Protokoll des 2. Treffens der Arbeitsgruppe Frühkindliche Bildung, Schule und Ausbildung

Datum und Uhrzeit: 4. Juli 2016, 17:00-19:30 Uhr

Ort: Landratsamt Starnberg

Teilnehmer: 25

Angerbauer, Claus (Gemeinde Weßling)

Blage, Achim (Gehörlosenverband München und Umland e.V.)

Brand, Martina (Starnberg)

Distler-Hohenstatt, Peter (Teamleiter Persönliche SH)

Fischer, Katharina (Grundschule am Plisensee)

Friderichs, Ricarda (Franziskusschule der Lebenshilfe Starnberg)

Fromm-Preischi (Grundschule Starnberg-Söcking)

Fuchsenberger, Elisabeth (Kreisrätin, Inklusionsbeauftragte Berg)

Gammel, Gertraud (Schulamt psychologische Beratung)

Hirschnagl-Pöllmann, Elisabeth (Schulamtsdirektorin)

Jöger, Edith (Inklusionsbeirat Starnberg)

John, Michael (Geschäftsführer BASIS-Institut)

Krott, Anna (Selbsthilfegruppe Gilchinger Ohrmuschel)

Lieb, Victoria (Fachbereich Jugend und Sport Landratsamt Starnberg)

Meszaros, Doris (Koordination Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen)

Niedorfweber, Andrea (Interdisziplinäre Frühförderstellen Starnberg)

Rannenberg, Laura (BASIS-Institut)

Richter, Franz (Gehörlosenverband München und Umland e.V.)

Seibold, Bärbel (Selbsthilfegruppe Vielfalt)

Seidl, Petra-Veronika (Behindertenbeauftragte Landkreis Starnberg)

Unger, Peter (Grüne, Kreisrat)

Von Winning, Stefanie (Kreisrätin)

Wenisch, Angelika (Inklusionsbeauftragte Inning)

Wiedersperg, Sophie (Landratsamt Gleichstellungsstelle)

Wunderle, Nico (Fachbereich Jugend und Sport)

Tagesordnung

1	Begrüßung durch Frau Meszaros	2
2	Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John.....	2
3	Diskussion	2
4	Verabschiedung	10

1 Begrüßung durch Frau Meszaros

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Frau Meszaros, Koordinatorin des Aktionsplans für Menschen mit Behinderungen, die anwesenden Personen der Arbeitsgruppe Frühkindliche Bildung, Schule und Ausbildung und bedankt sich für deren Interesse. Anschließend gibt sie das Wort an Herrn John, Geschäftsführer des projektbegleitenden BASIS-Instituts, weiter.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John

Herr John begrüßt die Teilnehmer des Workshops und reflektiert die Arbeit der letzten Sitzung. Er stellt das Vorgehen der heutigen Sitzung vor: Die auf Grundlage des letzten Protokolls vorformulierten Maßnahmen sollen besprochen und systematisch durch die Teilnehmer ergänzt werden. Bis zur nächsten Sitzung soll dann ein Entwurfstext von etwa 6-10 Seiten erarbeitet werden. Dieser Entwurfstext wird den Teilnehmern eine Woche vor der nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.

3 Diskussion

In der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist durch die an die Wand projizierten Maßnahmenformulierungen grob vorgegeben. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

Herr John benennt die erste Maßnahme, die aus der ersten Arbeitsgruppensitzung abgeleitet wurde: „**Stärkung und Emanzipation von Menschen mit Behinderungen**“. Er stellt die Frage in die Runde, wie Eltern gestärkt werden können oder auch Kinder mit Behinderung sich gffs. stärker von ihren Eltern emanzipieren können.

Herr Angerbauer (Gemeinde Weßling) erklärt, dass häufig Eltern eines Kindes mit Behinderung in guter Absicht für das betroffene Kind entscheiden. Dennoch ist es

unabdingbar, dass betroffene Kinder und Jugendliche selbst zu Wort kommen und ihre Äußerungen ernst genommen werden.

Frau Krott (Selbsthilfegruppe Gilchinger Ohrmuschel) erläutert, dass Kinder von gehörlosen Eltern oft unter Problemen leiden. Häufig sind ihrer Meinung nach insbesondere ErzieherInnen und LehrerInnen in den Bildungseinrichtungen der Kinder mit der Situation überfordert. Für Kinder mit gehörlosen Eltern, aber auch für gehörlose Kinder braucht es Brückenbauer, wie beispielsweise Dolmetscher, die Verständigungsprozesse erleichtern, sich für die Situation der Kinder einsetzen oder grundlegend für Verständnis werben.

Frau Wiedersperg (Gleichstellungsbeauftragte Landratsamt) hat den Elternbeirat in Schulen stets als gute Interessensvertretung erlebt. Dort wird stellvertretend für alle Eltern und Kinder gesprochen und hier sind ihrer Ansicht nach auch Ressourcen für Brückenbauer verortet. Darüber hinaus kommt Fachkräften, welche mit den betroffenen Menschen mit Behinderung arbeiten, eine enorme Bedeutung bei. Auch diese müssen mit ins Boot geholt werden und die Belange ihres Klientels dolmetschen. Sie betont, dass betroffene Familien häufig am Ende ihrer Kräfte sind, weshalb es dringend aktiver Unterstützer bedarf.

Herr John resümiert, dass Kommunikationsprozessen an Schulen eine erhebliche Rolle zukommt.

Herr Blage (Gehörlosenverband München und Umland e.V.) möchte bei Frau Krotts Argument einhaken. Beratungsangebote für gehörlose Familien mit Kindern, insbesondere Angebote der Schwangerschaftsberatung, sind den Eltern häufig unbekannt, weshalb sie Angebote der nächsten Fachstellen wahrnehmen, die aber keine Fachleute für die Belange von Menschen mit Höreinschränkungen sind und deshalb nicht adäquat beraten können. Zudem können neben den Fachkräften auch Selbsthilfegruppen wichtige Anlaufstellen oder Brückenbauer für betroffene Eltern sein. Damit einhergehend kann Peer Counseling eine zentrale Rolle spielen.

Frau Lieb (Eingliederungshilfe Jugendamt) stellt die Fragen, an wen sich Eltern wenden, wenn in der Schule Schwierigkeiten auftreten oder wenn sie denken, dass ihr Kind nicht ausreichend gefördert wird. Sie fügt ironisch an, dass ein Lehrerwechsel als Therapie häufig wahre Wunder bewirkt. Darüber hinaus ist ihrer Meinung nach der Kommunikationsprozess an Schulen ein bedeutsamer Aspekt des Qualitätsmanagements.

Herr Unger (Kreisrat) erklärt, dass Inklusion nicht von einem Rektor abhängen darf. Es müssen Mechanismen eingebaut werden, sodass diese Abhängigkeit unterbunden wird.

Herr John stellt die Frage, welche Systeme es gibt, um Eltern und SchülerInnen zu stärken. Frau Fromm-Preischi (Grundschule Söcking) erklärt, dass Beratungskräfte und Schulpsychologen als Ansprechpartner in den Schulen dienen. Zudem gibt es den mobilen sonderpädagogischen Dienst (MSD), welcher beratend fungiert und bei dem sich Schulen Unterstützung einholen können. Allerdings besteht das Problem, dass man teilweise sehr lange auf einen Termin warten muss.

Frau Seidl (Behindertenbeauftragte Landkreis Starnberg) ergänzt ein weiteres Unterstützungssystem, die Schulsozialarbeiter. Diese werden an Schulen angestellt, wenn der Anteil an SchülerInnen mit Migrationshintergrund mindestens 20% der SchülerInnen ausmacht. Frau Seidl fordert, dass SchulsozialarbeiterInnen auch eingestellt werden, wenn Inklusionskinder an Schulen sind.

Auch Frau Hirschnagl-Pöllmann (Schulamtsdirektorin) fände dies wünschenswert, allerdings müsste überlegt werden, wer hierfür Fördergelder bereitstellt. Es wird die Maßnahme für den Aktionsplan aufgestellt: „Einsatz von Schulsozialarbeiten an Schulen, wenn Inklusionskinder vor Ort“.

Frau Brand (Starnberg) berichtet von persönlichen negativen Erfahrungen mit dem MSD. Dieser ist so stark ausgelastet, dass ein Mitarbeiter lediglich einmal pro Jahr ihren körperbehinderten Sohn in der Schule besuchen könnte. Zudem kritisiert sie, dass der MSD nicht Eltern, sondern zuallererst Schulen berät. Beispielsweise wurde vom MSD bereits eine Diagnose über notwendige Bedarfe ihres Sohns aufgestellt, bevor der zuständige Mitarbeiter ihren Sohn überhaupt kennengelernt hatte. Grundlegend wird der MSD gebraucht, damit betroffene Kinder einen Nachteilsausgleich bekommen.

Frau Fuchsenberger (Inklusionsbeauftragte Berg) berichtet von einigen Erfahrungen mit dem MSD. Sie stellt fest, dass der MSD sehr überlastet ist und mehr Kapazitäten benötigt. Häufig wird der MSD von SonderschullehrerInnen durchgeführt, die für einige Stunden freigestellt werden. Ihrer Ansicht nach ist Inklusion aber eine Aufgabe aller Schulen, weshalb sich die Schulleitung mit allen Beteiligten zusammensetzen und eine gute Lösung finden sollte.

Frau Friderichs (Franziskusschule der Lebenshilfe Starnberg) erklärt, dass sie in ihrer Arbeit versuchen Möglichkeiten aufzuzeigen und die Eltern zu begleiten. Sie berichtet von einer fruchtbaren inklusiven Zusammenarbeit mit ihrer Partnerklasse in Söcking. Auch sie würde sich für den MSD mehr Stunden wünschen.

Frau Seibold (Selbsthilfegruppe Vielfalt) erklärt, dass Inklusion kein Sparmodell sein darf, weshalb mehr Gelder für mehr MSD Stunden bereitgestellt werden müssen. Es darf nicht die Aufgabe der Eltern sein, dass sie sich alles erkämpfen müssen. Von dieser elterlichen Belastung sind insbesondere die betroffenen Kinder die Leidtragenden.

Die UN-Behindertenrechtskonvention schreibt zudem vor, dass jedes Kind überall zur Schule gehen kann. Jede Umsetzung, die diese Regelung verletzt, muss an die Öffentlichkeit gehen, da der Gesellschaft nicht bewusst ist, was in den Schulen abläuft. Sie kritisiert, dass jedes Kind einen „Stempel“ benötigt, damit es überhaupt Hilfe erlangt.

Herr John fasst zusammen, dass einige bestehende Hilfen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, oder die Elternschaft nicht erreichen.

Frau Gammel (Schulamt psychologische Beratung) erläutert, dass der MSD nicht in dem Maße an die Schulen kommen kann, wie es gewünscht wird. Ihrer Meinung nach klappt die Zusammenarbeit mit dem MSD bezüglich eines notwendigen Nachteilsausgleichs in der Regel jedoch sehr gut. Des Weiteren merkt sie an, dass es im Landkreis Starnberg eine Inklusionsberatungsstelle gibt, die explizit eine Anlaufstelle für betroffene Eltern darstellt. Dies ist eine Beratungsstelle, die am Schulamt angegliedert ist und sich insbesondere für Grund- und Hauptschulen zuständig fühlt.

Frau Friderichs ergänzt, dass dort Sonderschullehrer aus der Fünf Seen Schule arbeiten. Herr Wunderle (Fachbereich Jugend und Sport) berichtet von seinen persönlichen Erfahrungen bezüglich schulischer Inklusion. Ihm hat der MSD Dinge vorgeschlagen, sodass er sich nur an den Kopf fassen könnte. Beispielsweise wurde ihm gesagt er solle weniger Hausaufgaben machen, damit er seine Behinderung immer spürt, da er wissen muss, dass sie zu seinem Leben dazugehört. Seiner Meinung nach muss folglich der Qualität von Beratung besondere Beachtung geschenkt werden. Er ergänzt an Frau Seibolds Aspekt, dass Eltern immer gefordert sind, da ansonsten das betroffene Kind nur noch dort geparkt wird, wo es für alle anderen am einfachsten ist.

Herr Unger erklärt, dass ein verstärkter Personaleinsatz auf den verschiedensten Ebenen notwendig ist, wenn man Inklusion ernst meint. Dieser Aspekt soll als Maßnahme in den Aktionsplan aufgenommen werden.

Herr John resümiert, dass Fachpersonal für Beratung nicht in ausreichendem Maß vor Ort und generell mehr Personal von Nöten ist. Er fügt die Idee an, bei der Lehrerzumessung den Faktor 4,5 aus der Jugendhilfe zu übernehmen.

Frau Fuchsenberger fordert, dass mehr Lehrerstunden zur Verfügung gestellt und zudem räumliche und zeitliche Ressourcen bereitgestellt werden. Diese Forderungen

müssen durch Lehrer- und Fachverbände an die richtigen Stellen weitergeleitet werden.

Frau Wiedersperg sieht zwei große Probleme im Förderbereich. Die Umstellung von Fachstellen für Menschen mit Handicap hin zur Öffnung der Inklusion stellt ein Problem dar. Dieser Übergang wurde nicht bedacht. Ein System, das sich über Jahrzehnte entwickelt und abgeschlossen agiert hat, lässt sich ihrer Meinung nach so schnell nicht verändern. Hier braucht es eine Doppelfinanzierung, die nicht eingeplant war. Darüber hinaus hat der Schulsozialarbeiter, der bei einem bestimmten Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund eingestellt wird, nichts mit dem finanziellen Topf der Inklusion zu tun. Ihrer Meinung nach passen bestehende Förder- und Finanzierungsaspekte nicht zusammen, was sich beispielsweise bei Modellprojekten zeigt, die in keinen Fördertopf integriert werden können. Ihrer Meinung nach muss sich das Fördersystem umstellen, ansonsten hat Inklusion wenig Chancen.

Herr John berichtet aus dem Landkreis München, welcher eine eigene Abteilung für Chancengleichheit errichtet hat. Dort wurden einige Funktionsbereiche im Landratsamt zusammengezogen, was zeigt, dass Inklusion einige Zielgruppen umfasst. Herr Angerbauer merkt an, dass man sich Anregungen aus anderen Bundesländern oder im europäischen Ausland einholen kann. In seiner Position als Jugendreferent fand er bei einer Recherche heraus, dass die Medikamentenabhängigkeit bei Grundschulern hoch ist. Er fragt, ob es hierzu Informationsabende für Eltern gibt, da sich diese Problematik durch den gesamten kindlichen Ausbildungsverlauf hindurch zieht. Frau Fuchsenberger antwortet, dass es eine spezielle Aufklärung nicht gibt. Allerdings kann jeder Arzt Eltern und Lehrer aufklären und bereits Grundschulen versuchen den Eltern Druck zu nehmen.

Herr Blage wusste bisher nicht, dass so viele Schwierigkeiten mit dem MSD bestehen. Er erkundigt sich, ob es diesbezüglich aushelfende Netzwerke gibt. Frau Fuchsenberger erklärt, dass Problematiken häufig finanzieller Natur sind. Beispielsweise benötigt ein Kind mit Autismus einen Schulbegleiter aber auch bauliche Maßnahmen werden ggfs. benötigt, die nicht vom Kultusministerium bezahlt werden, sondern von den Schulträgern, den Jugendämtern oder den Gemeinden gestemmt werden müssen.

Frau Seibold sieht diesbezüglich einige Handlungsbedarfe. Ihrer Ansicht nach muss die Schulinklusionsberatung eine neutrale Stelle sein, das heißt kein Lehrer, der von einer Schule abgesandt wurde, darf dort angestellt sein, da dieser nicht neutral beraten kann. Frau Fuchsenberger entgegnet, dass Sonderschullehrer aber das besondere

Know-How und einen Bezug aufweisen und dementsprechend Eltern gut beraten können.

Des Weiteren wird angeführt, dass zu wenig Personal zur Verfügung steht. Langsam sollen sich auch Sonderschulen öffnen, sodass Personal aus diesen Schulen in Regelschulen umgeschichtet werden kann, womit das selektive Fördersystem geöffnet wird.

Frau Seibold fügt an, dass das Schulsystem in Deutschland viel zu früh selektiert und defizitorientiert ist. Bereits im Kindergarten werden Kinder anhand von Tests, welche statt Stärken insbesondere Schwächen der Kinder hervorheben, kategorisiert. Frau Fuchsenberger fordert, dass politische Programme vor der Wahl angesehen werden müssen und entsprechend gewählt werden muss, um hier Umstrukturierungen zu erlangen.

Frau Seibold erklärt, dass ein Mensch nur bei emotionalem Interesse lernen kann. Dies funktioniert in unserem Schulsystem mit Frontalunterricht nicht, da Kinder nicht individuell dort abgeholt werden können, wo sie stehen.

Herr John hält folgende Aspekte fest: Schulberatung aus Elternsicht sollte unabhängiger sein – Inklusionsumsetzung an Schulen stellt Forderungen an das Gesamtschulsystem und bestehende Rahmenbedingungen passen für die aktuelle Zeit nicht mehr – Es braucht ausreichend Personal, um Inklusion umzusetzen.

Frau Seidl fordert, dass sich die Begrifflichkeiten vor Augen gehalten werden müssen: Was ist Integration und was meint Inklusion? Inklusion heißt Leben und Lernen für alle Kinder an allgemeinen Schulen. Momentan wird aber versucht, Kindern ein Hilfesystem zu geben, um in Regelschulen reinzukommen, dieser Prozess ist aber Integration. Inklusion braucht ihrer Meinung nach eine Veränderung der gesamten Schule.

Ferner wird gewünscht, dass TherapeutInnen direkt an den Schulen und mit in den Klassen sitzen müssen. Frau Brand erklärt, dass manche spezielle Behinderungen Integrationshelfer in den Klassen erforderlich machen. Dennoch braucht jede Schule SonderschulpädagogInnen und TherapeutInnen vor Ort. Sie berichtet von ihrem Leben in Amerika. Dort hatte sie für ihren körperbehinderten Sohn einen Case-Manager, welcher alles erledigt hat. Beispielsweise hat dieser ihr einen Anwalt gestellt, sodass ihr Sohn in die Regelschule gehen konnte. Für jedes Kind wird dort ein Inklusionsplan erstellt und der Anwalt schaut für dieses Kind, dass alle Vereinbarungen auch tatsächlich umgesetzt werden, wodurch betroffene Eltern enorm entlastet werden.

Herr John fasst zusammen, dass betrachtet werden muss inwieweit sich Elternteile mit einem Kind mit Behinderung unterstützt fühlen. Generell muss die Systematik, dass die

Stelle möglichst viele Ressourcen erhält, die viele Probleme vorweist, durchbrochen werden. Wie bereits erwähnt, darf es nicht notwendig sein, dass Kinder ein spezielles Etikett benötigen, um gefördert zu werden.

Frau Friderichs erklärt, dass das Vertrauensverhältnis in der Vergangenheit vielen Belastungen ausgesetzt war. Heute wird die klare Anforderung formuliert, dass mehr LehrerInnen mit Beratungskompetenz benötigt werden, was bereits in der Ausbildung und im Studium angepasst wird. Ihr stellt sich die Frage, was man vor Ort in Starnberg tun kann. Als mögliche Anknüpfungspunkte werden die Eltern, das schulische System und fachliche Unterstützung angeführt.

Frau Wiedersperg kritisiert, dass innovative Projekte mangels Fördergelder nicht weitergeführt werden können. Sie wünscht sich eine tiefergehende Vernetzung und einen Ansprechpartner für Eltern und einen für Kostenträger. Darüber hinaus hebt sie Leuchttürme, bestehende Kooperationsklassen, hervor.

Eine weitere Maßnahme, die sich aus der ersten Arbeitsgruppensitzung entwickelt hat, lautet: **„Förderung der Gebärdensprache – Unterstützung und Befähigung gehörloser Kinder sowohl Gebärdensprache zu sprechen als auch in der Welt der Lautsprechenden zurechtzukommen“**.

Frau Krott betont, dass das Angebot etabliert werden sollte, dass alle Kinder und Erwachsene die Möglichkeit haben, die Gebärdensprache zu lernen. Auch Frau Brand wünscht sich ein breiteres Angebot, beispielsweise Basiskurse oder das Wahlfach Gebärdensprache an Schulen. Frau Wiedersperg schlägt vor, auf Volkshochschulen aktiv zuzugehen, die Programmwünsche stets offen gegenüber stehen.

Herr Blage verdeutlicht die Notwendigkeit einer guten und vertrauensvollen Eltern-Kind-Bindung. Für betroffene Familien, Eltern und Geschwister, braucht es seiner Ansicht nach Familiengebärdenkurse, sodass sich alle Beteiligten wohlfühlen und eine gute Beziehung aufgebaut werden kann.

Herr John wirft die Frage in die Runde, ob pauschale oder spezialisierte Unterstützungssysteme benötigt werden. Aus der ersten Arbeitsgruppensitzung ergaben sich zwei Maßnahmen: **„Verbesserung der Personalsituation“** und **„Erweiterung und Flexibilisierung der Bedarfsplanung“**

Frau Fromm-Preischi merkt an, dass jede Schule eine Inklusionsschule sein sollte. Jede Schule benötigt ihrer Ansicht nach einen Inklusionsbeauftragten.

Frau Meszaros wünscht sich multiprofessionelle Teams an allen Schulen. Es bedarf nicht nur einer Personalmehrung, sondern auch verschiedener Disziplinen vor Ort.

Herr Angerbauer fordert ein breites Beratungsangebot für LehrerInnen, sodass sich diese umfassend informieren können.

Frau Seibold erläutert, dass Belange von Menschen mit Behinderungen von verschiedenen Töpfen bedient werden. Alle beteiligten Kostenträger müssen zusammenspielen, um eine optimale Inklusion umsetzen zu können. Sie wünscht sich eine Art Case-Manager für jedes betroffene Kind, der alle Beteiligten zusammenhält. In Bezug auf Schulen fügt sich an, dass jede Schule ihren eigenen Aktionsplan Inklusion erstellen sollte, sodass Veränderungspotenziale aufgedeckt werden.

Herr John erkundigt sich, ob es pauschale Forderungen gibt, die eingefordert werden sollten. Angeführt werden: SonderschulpädagogInnen an jeder Schule – Bei Bedarf müssen TherapeutInnen jederzeit dazu geholt werden können – Der Standard von Sonderschulen soll an alle Regelschulen übertragen werden – Multiprofessionelle Teams sollten überall standardmäßig als Personal verankert sein – Mehr Räumlichkeiten (z.B. Ruhe-, Bewegungs- und Therapieraum) – Bei Neubauten von Schulen müssen Aspekte der inklusiven Schule stets Einzug erhalten.

Im Allgemeinen wird erläutert, dass Inklusion nicht plötzlich da sein kann. Dennoch müssen notwendige Schritte noch konkreter gemacht werden.

Ergänzt wird zudem, dass Bildung und Lernen nicht nur den schulischen Bereich umfasst. Vielmehr müssen bereits multiprofessionelle Teams auch Einzug in Krippen und Kindertageseinrichtungen finden.

Frau Fuchsenberger ergänzt, dass der Verband der Sonderpädagogen bereits ein Konzept für die Lehrerbildung entwickelt hat und Inklusion in den nächsten Jahren fester Bestandteil der Lehrerbildung wird.

Frau Seidl wünscht sich, dass Lehrer und Sonderpädagogen gemeinsame Fort- und Weiterbildungen im Landkreis besuchen, dieser gemeinsame Austausch würde ihrer Ansicht nach einiges voranbringen. Frau Hirschnagl-Pöllmann erklärt, dass bereits einige Fortbildungen mit mehreren Professionen realisiert werden. Zudem werden zahlreiche schulinterne Fortbildungen durchgeführt, wofür Experten eingeholt werden. Frau Brand fordert mehr Austausch zwischen Lehrern und Schulklassen von Sonder- und Regelschulen. Sie schlägt vor, dass sich Klassen gegenseitig besuchen oder die Lehrer für einen Tag wechseln, sodass pädagogische Konzepte gegenseitig beschnuppert werden können. Frau Hirschnagl-Pöllmann findet diese Idee der schulübergreifenden Hospitation gut und fordert hierfür eine Erhöhung der Ressourcen.

Die Möglichkeit der kollegialen Hospitation besteht bereits. Besonders nachhaltig wird diese Begegnung, wenn sich SchülerInnen aus exklusiven und inklusiven Schulformen begegnen. Frau Fuchsenberger ergänzt, dass Starnberg eine Bildungsregion ist und Kooperationsmöglichkeiten auf der Homepage abgerufen werden können.

4 Verabschiedung

Herr John beschließt die Sitzung mit der Frage, ob sich Eltern im Bereich der frühkindlichen Bildungseinrichtungen mehr organisieren müssen und wie diese Meldungen der Eltern organisiert werden können. Braucht es spezielle Foren oder genügt eine elterliche Selbstorganisation, um die Stimme der betroffenen Eltern dauerhaft in das System einzubinden?

Er bedankt sich für die Anwesenheit und Mitarbeit der Beteiligten. Er erläutert, dass die nun gemachten Vorschläge in einem Text ausformuliert werden und man diesen beim nächsten Mal durchsehen werde.

Für das Protokoll
Laura Rannenberg
Michael John
(BASIS-Institut)